

## Niederschrift der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 23.05.2019

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:00 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratsvorsitzende:</b>	Frau Pelke
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.3.	Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1261/18</b>
9.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1261/18 Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung	<b>0694/19</b>

9.6.	Bau eines Parkhauses am Parkplatz Zoo im Ortsteil Roter Berg Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg	<b>1935/18</b>
9.9.	Umwidmung Schulhof zum Parkplatz Einr.: Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz	<b>2500/18</b>
9.10.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB707 "Wohngebiet Peter-Vischer-Weg" - Zwischenabwägung, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	<b>2668/18</b>
9.10.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2668/18 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB707 "Wohngebiet Peter-Vischer-Weg" - Zwischenabwägung, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung	<b>0873/19</b>
9.12.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	<b>0035/19</b>
9.12.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0035/19 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>0699/19</b>
9.12.2.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0035/19 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>1008/19</b>
9.23.	Prüfung zur Einführung einer Abgabe auf Einwegverpackungen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>0146/19</b>
9.24.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOP705 "Wohnen am Bürgerpark" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	<b>0314/19</b>

9.27.	Leitlinien und Ziele der 1. Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie Einr.: Oberbürgermeister	<b>0371/19</b>
9.41.	Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädtischen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>0602/19</b>
9.41.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0602/19 Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädtischen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume	<b>1001/19</b>
9.48.	Kulturelles Jahresthema der Stadt Erfurt im Jahr 2020 Einr.: Oberbürgermeister	<b>0738/19</b>
9.51.	Bürgerinformation im Herzen der Stadt Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	<b>0889/19</b>
9.52.	Mittelalterlicher Weihnachtsmarkt am Hirschgarten Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	<b>0902/19</b>
9.52.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0902/19 - Mittelalterlicher Weihnachtsmarkt am Hirschgarten	<b>1019/19</b>
10.	Informationen	
10.1.	Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0047/19</b>
10.2.	Sonstige Informationen	

**1.           Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeisters, Herr Bausewein, eröffnete die weiterführende Sitzung des Stadtrates und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten sowie die Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke begrüßte alle Anwesenden und gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Da mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Weiterhin wies Frau Pelke darauf hin, dass keine Pause stattfindet.

## **2. Änderungen zur Tagesordnung**

Zu den Änderungen der Tagesordnung gab die Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt.

Auf Antrag des Einreichers, dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz, wurde die Drucksache 2500/18 - Umwidmung Schulhof zum Parkplatz – unter TOP 9.9 in die Beratung der Sitzung des für die Thematik zuständigen Ausschusses verwiesen.

Auf Antrag der Einreicher, Fraktion DIE LINKE. und Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, wurde die Drucksache 0902/19 - Mittelalterlicher Weihnachtsmarkt am Hirschgarten – unter TOP 9.52 in die Beratung der Sitzung des Hauptausschusses für Finanzen am 10.07.2019 mit der Bitte, zu dieser Sitzung auch das Ergebnis des vom Kulturausschuss erteilten Prüfauftrages zu diesem Thema zu präsentieren, verwiesen.

Die folgende Drucksache wurde auf Antrag des Einreichers vertagt:

- TOP 9.51 – Drucksache 0889/19  
Bürgerinformation im Herzen der Stadt  
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Weiterhin wies Frau Pelke darauf hin, dass der TOP 9.6 erst ab ca. 17:30 Uhr in Anwesenheit der Ortsteilbürgermeisterin zur Beratung aufgerufen wird.

Abschließend gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass mit dem TOP 10. Informationen in der Tagesordnung begonnen wird.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

## **9. Entscheidungsvorlagen**

- 9.3. Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung 1261/18**  
**Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Dieser TOP wurde nach dem TOP 10.2 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 28.06.2018 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Hauptausschuss gab in seiner Sitzung am 09.04.2019 kein Votum zur Drucksache ab.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0694/19 vor. Dieser ersetzte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung mit Änderungen bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) und ist im Beschlussvorschlag des Ausschusses berücksichtigt.

Damit bestätigte der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2019 mit folgenden Änderungen (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0):

BP 01

Der Oberbürgermeister wird ~~beauftragt~~ **gebeten**, in der Stadtverwaltung Erfurt schrittweise ~~ab dem 01.01.2019~~ die Leichte Sprache einzuführen.

BP 02

Die Stadtverwaltung erstellt nach und nach alle Bescheide, welche sie erlässt, sofern nicht landes- oder bundesgesetzliche Regelungen entgegenstehen, in Leichter Sprache. Jedem Bescheid, welchen die Stadtverwaltung erlässt, wird eine Erklärung des Bescheides in Leichter Sprache beigelegt. Des Weiteren ~~werden~~ **wird empfohlen, die** Bescheide so **zu** gestaltet, dass die gesetzlichen Grundlagen, insbesondere die zugrundeliegenden Paragraphen, am Ende des Dokumentes gesammelt und gesondert aufgeführt werden.

**BP 03**

~~Der~~ **Die Stadtverwaltung bietet** ~~wird empfohlen~~

- a) *für alle Bescheide ein Beratungsgespräch in leichter Sprache anzubieten und ~~nimmt~~ den folgenden Text in die Bescheide aufzunehmen:  
Die Stadtverwaltung bietet ein Beratungsgespräch in leichter Sprache an. Wenn Sie ein Beratungsgespräch wünschen können Sie das unter: xxx vereinbaren.*
- b) *für alle Anträge ein Beratungsgespräch in leichter Sprache anzubieten und ~~nimmt~~ den folgenden Text in die Formulare aufzunehmen:  
Ich wünsche ein Beratungsgespräch in leichter Sprache.*

~~BP 03-04~~

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Erfurt werden in Leichter Sprache geschult und fortgebildet. So soll ihnen die Fähigkeit vermittelt werden, selbst nach und nach Leichte Sprache umzusetzen.

BP 04 05

Für alle Beschlusspunkte sind entsprechende Mittel für den Doppelhaushalt 2019/2020 einzuplanen.

Zu Beginn erläuterte Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und begründete die inhaltlichen Schwerpunkte. Zudem beantragte sie folgende Änderungen des Beschlusstextes der vorgetragenen Fassung aus dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung:

- im BP 02 sollte bei dem Wort gestaltet das t durch ein n ersetzt werden:  
*„[...] Des Weiteren ~~werden~~ **wird empfohlen, die** Bescheide so **zu** ~~gestaltetn~~, dass [...]“*
- im BP 03 sollte das Die in Der ersetzt werden:  
*„~~Die~~ **Der Stadtverwaltung bietet** ~~wird empfohlen~~ [...]“*

- Im BP 05 sollte das Wort Doppelhaushalt in Nachtragshaushalt geändert werden:  
*„Für alle Beschlusspunkte sind entsprechende Mittel für den ~~Doppel~~ Nachtragshaushalt 2019/2020 einzuplanen.“*

Daraufhin führte Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zur Beratung der Thematik aus und erläuterte zugleich den vorliegenden Antrag ihrer Fraktion (Drucksache 0694/19).

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, stellte die Leichte Sprache anhand eines Beispieltex-tes vor und signalisierte seine Unterstützung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung der Drucksache in Fassung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung inkl. der o. g. Änderungen von Frau Stange auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

**Der Oberbürgermeister wird gebeten, in der Stadtverwaltung Erfurt schrittweise die Leichte Sprache einzuführen.**

**02**

**Die Stadtverwaltung erstellt nach und nach alle Bescheide, welche sie erlässt, sofern nicht landes- oder bundesgesetzliche Regelungen entgegenstehen, in Leichter Sprache. Jedem Bescheid, welchen die Stadtverwaltung erlässt, wird eine Erklärung des Bescheides in Leichter Sprache beigefügt. Des Weiteren wird empfohlen, die Bescheide so zu gestalten, dass die gesetzlichen Grundlagen, insbesondere die zugrundeliegenden Paragraphen, am Ende des Dokumentes gesammelt und gesondert aufgeführt werden.**

**03**

**Der Stadtverwaltung wird empfohlen**

- a) für alle Bescheide ein Beratungsgespräch in leichter Sprache anzubieten und den folgenden Text in die Bescheide aufzunehmen:**

**Die Stadtverwaltung bietet ein Beratungsgespräch in leichter Sprache an. Wenn Sie ein Beratungsgespräch wünschen können Sie das unter: xxx vereinbaren.**

- b) für alle Anträge ein Beratungsgespräch in leichter Sprache anzubieten und den folgenden Text in die Formulare aufzunehmen:**

**Ich wünsche ein Beratungsgespräch in leichter Sprache.**

04

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Erfurt werden in Leichter Sprache geschult und fortgebildet. So soll ihnen die Fähigkeit vermittelt werden, selbst nach und nach Leichte Sprache umzusetzen.

05

Für alle Beschlusspunkte sind entsprechende Mittel für den Nachtragshaushalt 2019/2020 einzuplanen.

- 9.3.1.      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1261/18      0694/19  
Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung

**bestätigt mit Änderungen**

- 9.6.          Bau eines Parkhauses am Parkplatz Zoo im Ortsteil Roter Berg      1935/18  
Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 21.11.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 15.01.2019 bis das Park & Ride Konzept vorliegt.

Zunächst erläuterte Frau Rothe, Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg, die Intention ihrer Drucksache und die Notwendigkeit der Parkplätze vor Ort. Zur Veranschaulichung ihrer Ausführungen lud sie die Stadtratsmitglieder zu einem Vor-Ort-Termin ein.

Auf die Nachfrage von Herrn Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, wie mit der Drucksache nun verfahren werden soll, erklärte Frau Rothe, dass sie zunächst den Vor-Ort-Termin abwarten möchte und beantragte dementsprechend die Vertagung der Drucksache.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Vertagung der Drucksache bis September/Okttober und regte eine nochmalige Prüfung im für die Thematik zuständigen Ausschuss an.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendete die Stadtratsvorsitzende die Beratung der Drucksache.

**vertagt**

9.9. Umwidmung Schulhof zum Parkplatz 2500/18  
Einr.: Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz

siehe TOP 2

#### Verwiesen in Ausschuss

9.10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB707 "Wohngebiet Peter-Vischer-Weg" - Zwischenabwägung, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung 2668/18  
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag des Oberbürgermeisters mit Drucksache 0873/19 vorliegt und dieser Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 14.05.2019 bestätigt wurde (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Ursprungsdrucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019 in der Fassung des Antrages des Oberbürgermeisters (Drucksache 0873/19) einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, führte zur Drucksache aus. Zudem bedankte er sich in seiner Position als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt für die Zusammenarbeit im Ausschuss und die intensiven Beratungen.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich bei Herrn Dr. Warweg und ging auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Drucksache ein. Mit dem Antrag des Oberbürgermeisters (Drucksache 0873/19) wurde ein Kompromiss gefunden, der aus Sicht seiner Fraktion jedoch nicht zufriedenstellend sei. Daher werde seine Fraktion die Drucksache ablehnen, kündigte er an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Damit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages des Oberbürgermeisters (Drucksache 0873/19) zur Abstimmung auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses.

**02**

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes DAB707 "Wohngebiet Peter-Vischer-Weg" in seiner Fassung vom 07.05.2019 (Anlage 2) mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) und die Begründung (Anlage 4) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, der Vorhaben- und Erschließungsplan und die Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

04

Im noch aufzustellenden Durchführungsvertrag ist mit dem Vorhabenträger für sich und seine Rechtsnachfolger eine Mietpreis- und Belegungsbindung im "Haus 2" für insgesamt 12 Wohnungen gemäß ISSP vertraglich zu vereinbaren.

*(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – d beigelegt.)*

- 9.10.1.      Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2668/18 -      0873/19  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB707 "Wohngebiet Peter-Vischer-Weg" - Zwischenabwägung, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung

bestätigt

- 9.12.      Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit  
Einr.: Oberbürgermeister      0035/19

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 10.04.2019 in den zuständigen Ausschuss verwiesen hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019 (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0699/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde vom Einreicher zurückgezogen, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1008/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Kordon, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion (Drucksache 1008/19) und ergänzte Folgendes:

*„BP 07*

*Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Einwohnerversammlung u. a. mit den Bewohnern des Ringelbergs und dem Quartiersmanagement durchzuführen. [...]“*

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, teilte die Ablehnung der Drucksache seitens seiner Fraktion mit und begründete dies.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich deutlich gegen die Drucksache aus.
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, signalisierte ebenfalls die Ablehnung der Drucksache.
- Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, erläuterte die Drucksache und die Notwendigkeit des Bebauungsplanes vor Ort und begründete dies insbesondere mit dem Wachstum der Landeshauptstadt Erfurt und dem steigenden Bedarf an Wohnraum. In seinen Ausführungen teilte er mit, dass der Investor selbst Erfurter sei und Mietwohnungen errichten will. Mit dem Hinweis, dass es sich zunächst um den Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, bat er die Stadtratsmitglieder um die genaue Abwägung ihrer Entscheidungen.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, verwies auf noch bestehenden Gesprächsbedarf. Mit dem Bewusstsein der stetigen Entwicklung der Stadt und dem Bedarf an Wohnungen regte er im Namen seiner Fraktion die Vertagung und Verweisung der Drucksache an, um nochmals eine detaillierte Abwägung vorzunehmen.
- Diesem Vorschlag der nochmaligen Abwägung schloss sich Herr Dr. Warweg an. Bevor es eine Kampf Abstimmung im Stadtrat gäbe, sollen die Argumentationen für bzw. gegen den Bebauungsplan über den Sommer hinweg abgewogen und entsprechend in dem für die Thematik zuständigen Ausschuss nach der Sommerpause nochmals vorberaten werden.
- Frau Baier, Fraktion SPD, begrüßte ebenfalls die nochmalige Vertagung der Drucksache.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass es sich zunächst um den Aufstellungsbeschluss handelt. Seiner Ansicht nach sollte diesem zugestimmt werden, da er notwendig für die Gutachten, die der Investor erstellen lässt, sei. Dahingehend solle das Ergebnis der Gutachten abgewartet und dann im Stadtrat darüber entschieden werden, das Verfahren evtl. zu stoppen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich vollends gegen das Bauen in diesem Areal aus.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag von Herrn Panse und Herrn Dr. Warweg auf Verweisung der Drucksache in den für die Thematik zuständigen Ausschuss, zur Abstimmung. Mit

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21  
Nein-Stimmen: 6  
Enthaltungen: 3

wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

#### **Verwiesen in Ausschuss**

9.12.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0035/19 - 0699/19  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

#### **Verwiesen in Ausschuss**

9.12.2. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0035/19 - Vor- 1008/19  
habenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

#### **Verwiesen in Ausschuss**

9.23. Prüfung zur Einführung einer Abgabe auf Einwegverpackungen 0146/19  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 06.02.2019 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 ab (Ja 4 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 27.02.2019 ebenfalls ab (Ja 2 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019.

An der Aussprache beteiligten sich:

- Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und warb um Zustimmung.
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte den Prüfauftrag für weniger Einweg- und mehr Mehrwegverpackungen.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, unterstützte im Namen seiner Fraktion das Grundanliegen der Drucksache. Jedoch sah er der Aufstellung einer Satzung ohne gesetzliche Grundlage kritisch entgegen und warb dafür, eine Gesetzesgrundlage abzuwarten bevor weitere Schritte gegangen werden. Daher werde seine Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt die Drucksache ablehnen.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, schloss sich der Argumentation von Herrn Kallenbach an.
- Abschließend führte der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, zur Thematik aus. Rechtlich gesehen fehle die gesetzliche Grundlage, inhaltlich sei die Stadtverwaltung Erfurt jedoch schon einen Schritt weiter, erklärte Herr Horn und verwies auf das Recup-Mehrwegsystem. Dieses erhalte immer mehr Zuspruch sowohl bei den Händlern wie auch bei den Bürgern, die ihren Kaffee beim Bäcker o. ä. Einrichtungen mit ihren eigenen Mehrwegbechern bzw. den Recup-Bechern, anstatt dem Einwegkaffeebecher, konsumieren. Die Sensibilisierung und Werbung weiterer Gewerbetreibenden – unter Beachtung der Hygienebestimmungen – finde in den kommenden Wochen insbesondere durch die Einbindung der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement statt, verkündete Herr Horn.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung der Drucksache auf.

**abgelehnt Ja 12 Nein 14 Enthaltung 4 Befangen 0**

Im Anschluss an die Abstimmung ergriff der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, das Wort. Der Tatsache geschuldet, dass er sogleich einen anderweitigen Termin habe, bedankte er sich an dieser Stelle für die Zusammenarbeit während der letzten fünf Jahre bei allen Stadtratsmitgliedern sowie den Ortsteilbürgermeistern. Denjenigen, die nach dieser Wahlperiode ausscheiden, wünschte er alles Gute für die Zukunft und denjenigen, die sich erneut zur Wahl aufgestellt haben, wünschte er viel Erfolg. Abschließend lud er alle Stadtratsmitglieder und Ortsteilbürgermeister – ehemalige sowie neu gewählte – am 04. Juli 2019 in das Gästehaus der Landeshauptstadt Erfurt ein.

Den Dankesworten schloss sich sogleich die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, an. Sie bedankte sich in ihrer Position als Stadtratsvorsitzende zum einen für die Arbeit des Stadtrates als auch für die Zusammenarbeit in ihrer Funktion der Sitzungsleitung. Die ehrenvolle Aufgabe des Vorsitzes des Stadtrates in der Landeshauptstadt Erfurt habe sie immer gern wahrgenommen. Neben dem Dank an alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Beigeordnete und Verwaltungsmitarbeiter sprach sie insbesondere ihren Dank an den Stadtratsreferenten, Herrn Gillmann, für die beständige Unterstützung in all den zurückliegenden Jahren aus und übereichte ein Dankeschön an das gesamte Team des Sitzungsdienstes.

Dafür bedankte sich Herr Gillmann sich im Namen des Sitzungsdienstes.

Anschließend fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 9.24 in der Tagesordnung fort.

**9.24. Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOP705 "Wohnen am 0314/19  
Bürgerpark" - Billigung des Entwurfes und öffentliche  
Auslegung  
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Johannesplatz die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2019 zur Kenntnis nahm.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019 einstimmig (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Nach der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt bat Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um die Aufnahme der folgenden Protokollnotiz:

*Es wird empfohlen, die Dächer flächendeckend und ganzheitlich mit Dachbegrünung, kombiniert mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Dazu sind entsprechende Aufstände-rungen und geeignete Pflanzen zu verwenden.*

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, führte zur Drucksache aus und wies darauf hin, dass die Einzeichnungen der Grünflächen gemäß dem vorliegenden Bebauungsplan nicht mit den Absprachen zwischen der Sparkasse und der Bürgerinitiative übereinstimmen. Im Hinblick auf den Durchführungsvertrag bat er um entsprechende Berücksichtigung der Absprachen.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention seiner Protokollnotiz.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erfolgte die Abstimmung der Drucksache inkl. der o. g. Protokollnotiz.

**beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

01

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes JOP705 "Wohnen am Bürgerpark" (Anlage 2) in seiner Fassung vom 18.02.2019 und die Begründung (Anlage 4) werden gebilligt.

02

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und dessen Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

03

Im noch aufzustellenden Durchführungsvertrag ist mit dem Vorhabenträger für sich und seine Rechtsnachfolger eine Mietpreis- und Belegungsbindung von 20% der Wohnfläche des Vorhabens vertraglich zu vereinbaren.

*(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – c beigelegt.)*

9.27. Leitlinien und Ziele der 1. Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie 0371/19  
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2019 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019 ebenfalls (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0).

Der Ausschuss für Bildung und Sport bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 15.05.2019 mehrheitlich (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 16.05.2019 ebenfalls (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung der Drucksache.

**beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0**

Beschluss:

01

Die Leitlinien, Strategischen und Operativen Ziele für 1. Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie nach Abwägung durch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt (Anlage 1) werden bestätigt.

02

Im Rahmen der bestehenden Gremien des Projektes "Global nachhaltige Kommune Thüringen" (Kernteam und Steuerungsgruppe) werden die Ziele in einem öffentlichen Diskurs mit Maßnahmen untersetzt und im 2. Halbjahr 2019 als Nachhaltigkeitsstrategie der Landeshauptstadt Erfurt dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)*

**9.41. Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädtischen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume** 0602/19  
**Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 10.04.2019 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.05.2019 ab (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1001/19 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und bat um Zustimmung. Vor dem Hintergrund, dass dies seine letzte Rede im Stadtrat sei, bedankte er sich bei allen Stadtratsmitgliedern, den Fraktionsmitarbeitern, der Verwaltung sowie den Bürgern für die Zusammenarbeit und die Unterstützung insbesondere im Bereich klimapolitischer und ökologischer Themen.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei Herrn Kanngießer für die Zusammenarbeit und begrüßte zugleich die vorliegende Drucksache.

Daraufhin sprach auch Herr Kallenbach, Fraktion CDU, seinen Dank für die engagierte Arbeit an Herrn Kanngießer aus und signalisierte zugleich die Zustimmung zur Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1001/19).

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1001/19) zur Abstimmung auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung Erfurt erarbeitet eine Projektskizze, um sich beim Bundesamt für Naturschutz um Fördermittel für ein Projekt zum Schutz der biologischen Vielfalt zu bewerben.

02

Dieses Projekt soll die Untersuchung von innerstädtischen Bahntrassen (stillgelegte Trassen, so sie mit den Zielen der Bauleitplanung kompatibel sind, sowie Abstandsflächen betriebener Gleise) auf die Qualität ihrer Biodiversität und damit auf ihre Eignung als Vernetzungselemente zum Inhalt haben.

03

Alternativ dazu können auch andere Brachflächen als Untersuchungsgegenstand herangezogen werden, so sie mit den Zielen der Bauleitplanung kompatibel sind.

04

Mit Fertigstellung der Projektskizze stellt die Stadt Erfurt so bald wie möglich einen Antrag für ein Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädtischen Bahntrassen (ggf. zu anderen Brachflächen nach BP3) als vernetzte Lebensräume für Pflanze, Mensch und Tier beim Bundesamt für Naturschutz. Der Antrag soll den Projektabschnitt Voruntersuchung umfassen und steht unter dem Vorbehalt einer 100%igen Förderung durch das Bundesamt für Naturschutz.

05

Die Fördervoraussetzungen sind haushalterisch und im Stellenplan spätestens mit dem ersten Nachtragshaushalt 2019 sicher zu stellen.

9.41.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 1001/19  
0602/19 Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu  
innerstädtischen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume

**bestätigt**

9.48. Kulturelles Jahresthema der Stadt Erfurt im Jahr 2020 0738/19  
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 16.05.2019 bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte die Zustimmung zur Drucksache, auch wenn er sich selbst ein politischerer kulturelles Jahresthema gewünschte hätte. Zudem verabschiedete auch er sich in seiner letzten Rede im Stadtrat und bedankte sich für die Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren.



## 10. Informationen

### 10.1. Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt 0047/19 Einr.: Oberbürgermeister

Dieser TOP wurde zu Beginn der Tagesordnung aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 21.02.2019 zur Kenntnis nahm.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nahm die Drucksache in seiner Sitzung am 27.03.2019 ebenfalls zur Kenntnis.

Gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 11.04.2019 erfolgt hierzu ein 15-minütiger Bericht der Beteiligungsstruktur, teilte die Stadtratsvorsitzende mit und übergab zugleich den anwesenden Vertretern das Wort.

Daraufhin stellten sich die zwei Vertreter der Beteiligungsstruktur sowie der Vorsitzende des Schülerparlamentes vor und erläuterten ihre Arbeit mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation. Während der Präsentation wurde den Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit der interaktiven Mitgestaltung geboten und Anregungen und Wünsche für die Einbindung junger Menschen in die Kommunalpolitik zusammengetragen.

Nach der Präsentation bedankten sich die drei Vertreter der Beteiligungsstruktur für die Möglichkeit ihre Arbeit vorzustellen mit der Hoffnung auf eine rege Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene in der Zukunft.

#### **zur Kenntnis genommen**

Im Anschluss fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 9.3 in der Tagesordnung fort.

### 10.2. Sonstige Informationen

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9.52 aufgerufen.

Informationen gab es nicht.

Sodann fragte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., nach, ob seitens der Verwaltung eine Information hinsichtlich der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens in Bezug auf die Einlage von Geschäftsanteilen der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt in die Stadtwerke vorliegt.

Hierzu erklärte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, dass den Antragstellern des Bürgerbegehrens bereits die Zulassung des Bürgerbegehrens zugestellt worden ist.

Abschließend bedankte sich Frau Rothe, Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg, für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr seit ihrem Amtsantritt als Ortsteilbürgermeisterin.

Im Anschluss beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die letzte Sitzung des Stadtrates der Wahlperiode 2014 – 2019 und bedankte sich nochmals für die Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren und wünschte allen Anwesenden alles Gute für die Zukunft.

gez. Pelke  
Stadtratsvorsitzende

gez.   
Schriftführer/in